

Öffentliche Petitionen bald auch in Thüringen

Bundestreffen der Petitionsausschussvorsitzenden und Bürgerbeauftragten in Erfurt

Auf Einladung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages hatten sich vom 23. bis 25. September die Vorsitzenden der Petitionsausschüsse vom Bundestag und den Landtagen sowie mehrere Bürgerbeauftragte im Erfurter Landtag getroffen. Zusammen mit Kolleginnen und Kollegen von Petitionseinrichtungen aus Österreich, Dänemark, Italien und Polen diskutierten wir darüber, wie die gemeinsame Arbeit im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann.

Es wurde ein umfangreiches Programm mit teils sehr konkreten Beispielen abgearbeitet. Die Themen reichten u.a. von der Öffentlichkeitsarbeit, verständlichem Formulieren von Antwortbriefen, über das Bild eines „klassischen Petenten“ – in Auswertung einer Studie über das Petitionsrecht vom Büro für Technikfolgen-Abschätzung – bis hin zu Fragen der Zusammenarbeit der Petitionseinrichtungen in Deutschland und Europa.

Als Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages stellte ich zu Beginn der Tagung Leitideen zusammen, an denen sich die Petitionsarbeit messen lässt: Eine davon betrifft die Kernarbeit der Petitionsausschüsse, die Bearbeitung von persönlichen Bitten und Beschwerden. Persönliche Anliegen sind ebenso wichtig, wie Petitionen, die große öffentliche Unterstützung finden.

Bürgerinitiativen können sich auf vielen Wegen an die Abgeordneten oder Parteien wenden. Für die Einzelnen, die sich gegen die falsche Berechnung der Rente oder die abgelehnte Finanzierung des Rollstuhls wehren, ist die Petition oft der einzige verbleibende Weg. Darüber hinaus ist ein weiterer grundlegender Gedanke des Petitionsrechts, dass die Petitionsausschüsse

die Anstöße und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger auch in die Gesetzgebung mit einfließen lassen. Kein anderes parlamentarisches Gremium bekommt die Schwächen und Lücken eines Gesetzes so schnell und umfassend vorgetragen wie ein Petitionsausschuss. Dieser Wissensvorsprung muss in Zukunft besser ausgeschöpft werden. Positiv hat sich in den letzten

land zur Verfügung. Daher ist es zu begrüßen, dass diese Möglichkeit jetzt auch in Thüringen bis zum Ende dieses Jahres eingeführt werden soll. DIE LINKE in Thüringen hatte bereits 2011 einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht.

Die Öffentliche Petition ist auch ein Mittel, um dem Problem einer mittlerweile weit verbreiteten Politikverdros-



Bei einem Pressegespräch mit der Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Bundestages, Kersten Steinke (MdB, DIE LINKE), und dem Petitionsausschussvorsitzenden des Thüringer Landtags, Fritz Schröter (MdB, CDU), ging es vor allem um die neuen Technologien in der Petitionsbearbeitung. Kersten Steinke verwies auf die guten Erfahrungen mit Online-Petitionen auf Bundesebene.

Jahren die Wahrnehmung der Petitionsausschüsse bei den Bürgern entwickelt. Vor allem das Instrument der im Internet veröffentlichten und diskutierten Petitionen hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen an den Vorgängen im Ausschuss beteiligt sind.

Als Fazit von den bereits online-nutzenden Einrichtungen wurde eingeschätzt, dass der Bekanntheitsgrad von Petitionsausschüssen und die Beteiligungsmöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger gestiegen sind. Diese „Öffentlichen Petitionen“ stehen jedoch noch nicht in jedem Bundes-

senheit entgegen zu wirken. Damit dies gelingt, muss allerdings auch innerhalb der Parlamente dafür gesorgt werden, dass die Stellung der Petitionsausschüsse gestärkt wird. Allen Parlamentariern sollte klar sein, dass derjenige, der Petitionen gering schätzt, letztlich auch die Bürgerinnen und Bürger missachtet, die dieses Grundrecht für sich in Anspruch nehmen.

Kersten Steinke, MdB DIE LINKE, Vorsitzende des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag

VON A BIS Z:

Kita-Besteuerung

„Das Urteil des Bundesfinanzhofes, wonach kommunale Kitas künftig Steuern zahlen sollen, spricht jeglichem Bildungsanspruch Hohn“, kritisiert MdL Margit Jung. „Frühkindliche Bildung ist die entscheidende Grundlage für den künftigen Entwicklungsweg der Kinder. Es handelt sich hierbei nicht um Betriebe gewerblicher Art. Kindertageseinrichtungen haben einen Bildungsauftrag, unabhängig davon, ob sie von Kommunen oder Freien Trägern betrieben werden. Ich fordere die Landesregierung auf, sich umgehend für die gesetzliche Klarstellung dieses Sachverhaltes einzusetzen. Kommunale Kitas könnten den Einrichtungen freier Träger (Paragraph 5 im Körperschaftssteuergesetz) gleichgestellt und von dieser Steuer ausgenommen werden.“

Es sei völlig unnötig, Kommunen bei Kitas mit einer Steuerabrechnung zu belasten. Das erhöhe nur den Verwaltungsaufwand und führe keineswegs zu höheren Steuereinnahmen, da Kitas in der Regel ohnehin keine Gewinne erzielen. Zudem würden Steuerzahlungen unmittelbar zur Erhöhung der Kita-Gebühren führen. Besonders absurd sei, dass Banken – wie beispielsweise die Deutsche Bundesbank oder die Thüringer Aufbaubank ebenso wie Wirtschaftsförderungsgesellschaften – von dieser Steuer ausgenommen seien, Kommunen diese nun aber entrichten sollten. „Das ist nicht nur bildungspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch Unsinn“, kritisiert die Familienpolitikerin der Linksfraktion, Margit Jung. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 17. bis 19. Oktober statt.

Ausstellung:

In der Galerie im Fraktionsflur der LINKEN im Thüringer Landtag (4. Etage des Fraktionsgebäudes) ist die neue Ausstellung „L'Humanité 1904 - 1954 - Deutschland von LINKS betrachtet“ zu sehen, die ausgewählte Titelblätter der ersten sozialistischen Tageszeitung der Welt zeigt, darunter die Erstausgabe.

Weitere tagesaktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de

Fracking

Den Optimismus des Umweltministeriums in Reaktion auf die Ankündigung des Unternehmens BNK, die Erdgasförderung mittels Fracking in Thüringen vorerst nicht anwenden zu wollen, teilt MdL Tilo Kummer nicht. „Die Firma will nur das Verfahren ändern: Anstelle des Fracking sollen konventionelle Methoden zum Einsatz kommen. Erkundungen sollen also auf jeden Fall durchgeführt werden. Der Linkspolitiker verweist auf Aussagen des Konzerns im Petitionsausschuss: Wenn die konventionelle Fördermethode nicht erfolgreich oder die Lagerstätte nicht ergiebig genug sei, wäre es durchaus möglich, die Bohrplätze auch für die Fracking-Methode zu nutzen. In Niedersachsen sei dies bereits geschehen. ■

Kinderradio

Erneut hat MdL André Blechschmidt „nicht nur ein deutliches Bekenntnis für ein Kinderradio beim MDR, sondern konkrete inhaltliche und organisatorische Maßnahmen der Verantwortlichen“ gefordert. Mittlerweile finde ein „regelrechter Wettlauf um die Vorreiterrolle bei der Ausstrahlung eines Kinderradios innerhalb der ARD statt“. Mit Blick auf eine Presseerklärung von Ministerin Walsmann, sich ein Kinderradio mit Sitz in Erfurt vorstellen zu können, müssten die Frage, ob und wie ein Kinderradio beim MDR eingerichtet werden soll, geklärt und die Problematik eines bundesweiten Kinderradios unter Veränderung der aktuellen Mediengesetzgebung diskutiert werden. ■

ICE-Anbindung

„Die drastische Reduzierung der ICE-Anbindung von Jena und Saalfeld auf vier Züge pro Tag wäre für die Städte an der Saalbahn ein großer Image- und wirtschaftlicher Schaden“, warnte Dr. Gudrun Lukin und forderte ein klares politisches Bekenntnis zum Fernverkehr auf der Saalbahn. Anstatt über einen S-Bahn-Verkehr auf einer zukünftigen zweigleisigen Verbindung zwischen Erfurt und Gera zu fabulieren, sollten Wirtschafts- und Verkehrsminister gemeinsam die direkte Anbindung Ostthüringens an den Fernverkehr einfordern und inhaltlich untersetzen. „Warum wird die gut genutzte durchgängige Verbindung von München über Jena nach Rostock nicht aufrecht erhalten?“ ■